

VII. Zukunftsforum Islam

Thesenpapier zum World Café

2. Runde: Politik und muslimische Zivilgesellschaft

Die muslimische Zivilgesellschaft in Deutschland hat in den letzten 10-15 Jahren eine enorme Pluralisierung und Ausdifferenzierung mit Blick auf ihre Akteure, Strukturen, Inhalte erfahren, die in ihren Dienstleitungen und besetzten Themen teilweise über den religiösen Bereich hinaus gehen. Diese dynamische Organisationslandschaft zeichnet sich durch eine klare Verortung in Deutschland aus, was sich auch in der Deutschsprachigkeit der Initiativen zum Ausdruck kommt. Dieser Pluralismus spiegelt sich nicht in der öffentlichen Debatte/Meinung zum „Islam in Deutschland“ bzw. diskutiert, wobei u.a. die Medienberichterstattung hierbei eine wesentliche Rolle spielt.

Angelehnt an das historisch gewachsene Verhältnis zwischen Staat und Kirche, wird von der Politik auf unterschiedlichen Ebenen stets der Wunsch nach „einem“ Ansprechpartner mit repräsentativer Legitimität geäußert, der in der Lage sein soll, „den Islam“ in Deutschland zu repräsentieren. Diese Forderung setzt Akteure unter Anpassungsdruck, welcher dem bestehenden Pluralismus innerhalb der muslimische zivilgesellschaftliche zuwiderläuft.

Die entsprechend von der Politik vorgenommene – häufig kritisierte teils nach politischen Gesichtspunkten getroffene selektive – Auswahl von Kooperationspartnern wird dem gestellten Anspruch nach Repräsentativität noch weniger gerecht (insbesondere bei Einzelpersonen, die als „Vertreter“ agieren). Zudem birgt diese Praxis mehrere Gefahren:

- es gehen dabei demokratiefördernde Potenziale von Religionsgemeinschaften (Tocqueville, Casanova) in der Zivilgesellschaft verloren
- Ausschlussmechanismen können Tendenzen zur Abgrenzung und befördern, die im Zweifelsfall zur Entwicklung „extremer Erscheinungen“ führen können (wie wir es bspw. zurzeit mit salafistisch argumentierenden Gruppierungen sehen)
- es können dadurch nicht themenbezogene Konfliktlinien innerhalb der muslimischen Zivilgesellschaft in die Debatte um dem Islam in Deutschland hineingetragen werden

Die Frage, die sich hier stellt ist: wie kann die Politik mit der zunehmenden Pluralisierung und Differenzierung von muslimischer Zivilgesellschaft umgehen, ohne bestimmte Gruppierungen in der Verteilung von Ressourcen zu übervorteilen oder zu marginalisieren?